

WA1 Weiterer Antrag Parteiengesetz verschärfen, um freie gleiche und geheime Wahlen auch in Zukunft zu sichern. Illegale Finanzierung rechtsextremer Parteien verhindern.

Gremium: Kreismitgliederversammlung Kreisverband Göttingen

Beschlussdatum: 01.10.2019

Tagesordnungspunkt: 8 Weitere Anträge

Antragstext

1 Forderungen:

- 2 • Anpassung des Parteiengesetzes an neue technische Möglichkeiten, die ein
3 Unterlaufen der gesetzlichen Vorgaben ermöglichen.
- 4 • Deutliche Verbesserungen zur Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben und
5 personelle Verstärkung der nach Parteiengesetz zuständigen
6 Bundestagsverwaltung in diesem Bereich.
- 7 • Anwendung der Regeln des Parteiengesetzes auf das so genannte „Sponsoring“
8 - einen Umgehungstatbestand - in allen Parlamenten.
- 9 • Verstärkung der Fahndung im Bereich Geldwäsche - insbesondere auch im
10 Immobilienbereich. Offenlegung des Transparenzregisters.
- 11 • Zeitnahe Verfolgung von Delikten bei Verdacht auf illegale
12 Parteienfinanzierung.

Begründung

Die Hinweise auf illegale Parteienfinanzierung von rechtsextremen Parteien in Europa müssen sehr ernst genommen werden. In Deutschland ermitteln derzeit mindestens zwei Staatsanwaltschaften gegen Mitglieder der AfD. Beim Bundestagspräsidenten werden die Rechenschaftsberichte hinterfragt. Gestückelte Spenden aus der Schweiz, Käufe von Immobilien, massenhaft Wahlplakate und Zeitungsbeilagen zur Wahl von angeblich „unabhängigen“ Vereinen mit AfD Logo und AfD Programmatik und extrem aufwendige Wahl-Kampagnen im Netz sind klare Indizien. Die genaue Größenordnung ist noch unbekannt. Schätzungen gehen aber davon aus, dass die AfD 5-10 mal soviel Geld einsetzt, wie sie in offiziellen Rechenschaftsberichten an den Bundestagspräsidenten angegeben hat. Auch aus anderen Ländern gibt es vielfältige Hinweise. In Italien ist die rechtsextreme Lega wegen illegaler Parteienfinanzierung zur Rückzahlung von 49 Millionen € verurteilt worden. Auch das Ibiza Video in Österreich spricht für sich. Das sind Größenordnungen, die den Ausgang von demokratischen Wahlen und den Gleichheitsgrundsatz von demokratischen Wahlen massiv berühren. Dazu kommen neue Möglichkeiten zur grenzübergreifenden Bestellung von Werbung in sozialen Medien. Entsprechende Methoden wurden im Zusammenhang mit der Firma Cambridge Analytica und Microtargeting bei der Brexit-Befragung angewendet. Dabei fließt oft kein Geld über die Grenze, sondern lediglich die Dienstleistung. Die Kontrolle ist extrem erschwert. Das deutsche Parteiengesetz, das Auslandsspenden verbietet und ab 10.000 € die Offenlegung der Spender*innen fordert, wird ausgehebelt.

Die Vorgänge sind sehr ernst zu nehmen. Die NSDAP hatten sich ihre Wahlerfolge Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts zu einem guten Teil gekauft. Es galt die Devise „Geld asphaltiert den Weg zur

Macht“. Viel Energie wurde auf die Akquise von schwerreichen Spender*innen gelegt. Ähnliche Muster sehen wir heute wieder.

Das deutsche Parteiengesetz hat die Konsequenzen aus der Entwicklung in der Weimarer Republik gezogen. Es fordert Transparenz und zieht klare Grenzen. Das Gesetz muss jedoch an neue technische Möglichkeiten angepasst werden und die Möglichkeiten zur Durchsetzung müssen verstärkt werden.